

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 45 (1965-1966)
Heft: 5

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

DE GAULLES EIGENER WEG

In der Nacht vom 30. Juni auf den 1. Juli 1965 schlidderte die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft in ihre bisher schwerste Krise: nach einer dramatischen Sitzung des Ministerrates, die erst um zwei Uhr früh zu Ende ging, mußten die Vertreter der sechs an der EWG beteiligten Länder mit der Feststellung auseinandergehen, daß es nicht gelungen sei, auf den vorgesehenen Stichtag eine Einigung über die Fortsetzung der *Agrarfinanzierung* zu erzielen. Es war nicht das erstmal, daß die Sechs einen Beschluß nicht an dem zum voraus festgelegten Termin fassen konnten. Was die Situation diesmal verschärfte, war der Umstand, daß hier in einer konkreten Sachfrage die *kontroversen Konzeptionen* der einzelnen EWG-Partner aufeinanderprallten und die latent vorhandene Spannung zwischen Frankreich und den übrigen fünf Staaten akute Form annahm.

Supranational oder «Europe des patries»?

Der Ausbruch der EWG-Krise konnte den Beobachter der Brüsseler Szene nicht überraschen. Schon längst war es klar, daß die verschiedenartigen Auffassungen über die künftige Struktur der Wirtschaftsgemeinschaft kaum auf einen Nenner zu bringen wären und früher oder später zu einem eclat führen müßten, der die EWG einer harten Belastungsprobe aussetzen würde. Auf der einen Seite vertreten die Bundesrepublik Deutschland, Italien und die drei Benelux-Staaten eine Konzeption der Supranationalität, mit einer schrittweisen Übertragung von Souveränitätsrechten an die Gemeinschaft. Es ist, wenn man will, eine *zentralistische Lösung*, die zu einer Stärkung der Brüsseler Bürokratie und ihrer Spitze, der EWG-Kommission, führen muß, der als Gegengewicht ein mit vermehrten Kompetenzen ausgestattetes Europäisches Parlament — hervorgehend im Endstadium aus direkten

Wahlen — als eine Art legislative Kontrollinstanz zur Seite gestellt werden soll.

Das Frankreich de Gaulles, das 1958 die aus den Römer Verträgen resultierenden Verpflichtungen ausdrücklich übernahm, hat diesen Weg immer als ungangbar bezeichnet. Schon zu der Zeit, da de Gaulle sich noch grollend auf seinem Landsitz in Colombeyles-deux-Eglises der Politik fern hielt, war er nicht müde geworden, über die Technokraten der europäischen Einigung zu spotten, die er als ein «Projekt von Schlafwandlern» abgetan hatte, deren Repräsentanten aus «obskuren Winkelkonzilen» hervorgegangen seien. Das Europa, das de Gaulle vorschwebt, hat eine *föderalistische Struktur*, es basiert auf den nationalen Einheiten, und seine Spitze soll nicht eine von Experten geleitete Kommission sein, sondern der *Ministerrat*. Es soll kein Europa der Bürokraten, sondern nach de Gaulles Worten ein «Europe des patries» sein, wobei die Details dieses föderativen Zusammenschlusses von de Gaulle bisher im Dunkeln gelassen wurden. Sicher dürfte nur sein, daß der Generalpräsident nicht bereit ist, zugunsten einer supranationalen Behörde stückweise auf die Souveränitätsrechte Frankreichs zu verzichten. Die Fünfte Republik ist um der wirtschaftlichen und politischen Vorteile willen, die ihr die EWG einbrachte, der Sechsergemeinschaft bisher treu geblieben; man kann es sich jedoch schwer vorstellen, daß Frankreich Mitglied einer internationalen Institution sein wird, in der es jederzeit durch Mehrheitsbeschlüsse eines Organs gezwungen werden könnte, Entscheidungen anzunehmen, die unter Umständen seinen Interessen zuwiderliefen.

Sinn für Realität

Wenn de Gaulle die Weiterführung der Agrarfinanzierung zum Anlaß nahm, um die

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft vor die Alternative seiner eigenen Konzeption des Zusammenschlusses der Nationen Europas zu stellen, so befolgte er damit nur eine Taktik, die er schon innerhalb der NATO und letztlich auch gegenüber Algerien praktiziert hat. Er konfrontierte den Brüsseler *Zweckoptimismus*, der oft im Begriffe stand, den Boden der Tatsachen unter den Füßen zu verlieren, mit der harten Realität. Es bleibt ein Faktum, daß eine europäische Einigung vor allem im kleinen Rahmen der EWG ohne die Mitwirkung Frankreichs unmöglich ist. Solange aber Frankreich nicht gewillt ist, sich Majoritätsbeschlüssen zu unterziehen, kann die EWG nicht in der Form und dem Tempo weitergebaut werden, wie die Brüsseler Kommission dies plant. Die Politik des «leeren Stuhls», die Frankreich seit Anfang Juli in der EWG praktiziert, mag jeden, der aufrichtig um die Einigung Europas bemüht ist, mit Sorge erfüllen. Aber schließlich sind durch den Boykott der EWG-Verhandlungen seitens Frankreichs lediglich die tatsächlichen Verhältnisse demonstriert worden. Die Sechsergemeinschaft hat der politischen Wirklichkeit ins Gesicht zu blicken und daraus ihre Schlüsse zu ziehen.

Frankreichs Weltmachtanspruch

Problematischer als der Alleingang in der europäischen Politik ist de Gaulles Haltung innerhalb der westlichen Allianz. Hier stößt sich Frankreichs Anspruch auf die Stellung einer Weltmacht an den Realitäten: auch die ersten Vorführungen der Mirage IV, des Rückgrats der künftigen *Force de frappe*, anlässlich der Parade des *Quatorze Juillet*, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Frankreich rüstungsmäßig im Vergleich zu den USA und der Sowjetunion eine Macht zweiten Ranges ist und es auf absehbare Zeit hinaus auch bleiben wird. Angesichts der innereuropäischen Differenzen, wie sie gerade durch Frankreichs Haltung in Brüssel so drastisch demonstriert wurden, ist auch in nächster Zukunft kaum damit zu rechnen, daß ein unter französischer Führung geeintes Europa als «dritte Kraft» gleichberechtigt

neben die beiden großen Weltmächte treten könnte. Wenn de Gaulle den USA die kalte Schulter zeigt, so mag er damit einem gewiß auch in Westeuropa latent vorhandenen Antiamerikanismus beredten Ausdruck verleihen und damit seinen Beitrag an die Feststellung von Realitäten leisten. Unverständlich ist es, wenn an sich harmlose Zwischenfälle wie die Überfliegung des französischen Atomzentrums von *Pierrelatte* durch amerikanische Flugzeuge, die zudem photographische Aufnahmen gemacht haben sollen, zu einer Staatsaffäre aufgebauscht und mit geharnischten Protestnoten begleitet wird. Hier bewegt sich de Gaulles Politik in immer gefährlicheren Bahnen. Die Verteidigung der westlichen Welt bleibt unteilbar, und es bleibt peinlich, wenn zwischen Verbündeten eine Art U-2-Zwischenfall provoziert wird — ganz abgesehen davon, daß eine solche Konflagration anachronistisch wirken muß zu einem Zeitpunkt, da es am Himmel von amerikanischen (und wahrscheinlich auch sowjetischen) Überwachungssatelliten nur so wimmelt. . .

Wenn man de Gaulles demonstrativer Politik der Unabhängigkeit von Amerika auch im weltweiten Rahmen positive Aspekte abzugewinnen sucht, so liegen sie in der Faszination, die seine Haltung auf die *blockfreien Nationen* und die *Satelliten Moskaus* ausübt. Professor *Herbert Lüthy* hat in der Juli-Nummer von «Foreign Affairs» in einem fundierten und ausgezeichneten Plädoyer die Politik de Gaulles verteidigt. Zwar sei der hervorstechende Charakterzug der gaullistischen Politik das *Provisorium*, da alles auf dem persönlichen Regiment eines einzigen Mannes beruhe und die einzige Gewißheit darin bestehe, daß niemand da sei, um sein Werk weiterzuführen. «Aber», so fragt Professor Lüthy, «ist es für die Alliierten Frankreichs tatsächlich schwieriger, mit de Gaulle zu leben als mit der Vierten Republik von Bidault bis Pflimlin, mit ihrer schwachen Zentralgewalt, ihren weltweiten Verpflichtungen und ihrer inneren Zerrissenheit? Wenn wir versuchsweise eine Bilanz der ersten sieben Jahre der Fünften Republik ziehen wollen, so ist eines gewiß: trotz all seiner Vorstöße und dramatischen Rückweisungen hat das

Regime General de Gaulles doch mit Erfolg Frankreich in seine natürlichen Grenzen zurückgeführt, hat die zu schwer gewordene Bürde seines kolonialen Erbes von ihm genommen und es zu einer europäischen Nation gemacht, alles ohne weltweite Verwicklungen politischer oder strategischer Natur... Auch wenn de Gaulle häufig jeder Zusammenarbeit abgeneigt ist, so belastet seine Haltung doch die Politik des Westens weniger als etwa die Unsicherheit in Deutschland oder der Wirrwarr in Italien. Und schließlich erhebt sich die Frage, ob der Westen letzten Endes durch die Unabhängigkeit, die de Gaulle zeigt, nicht mehr gewinnt, als er verliert. Denn de Gaulle demonstriert damit vor der Welt — vor den Blockfreien ebenso wie vor Osteuropa — die Realität des Pluralismus, den er so stolz für sich selbst verlangt. Was er auch immer für abweichende Positionen beziehen mag, niemand kann je daran zweifeln, daß de Gaulle zum Westen gehört — oder vielmehr, wie er mit leicht antiamerikanischer Neigung sagen würde, zum klassischsten Abendland. (Herbert Lüthy, De Gaulle: Pose and policy. In: Foreign Affairs. Vol. 43, No. 4, July 1965, S. 571 ff.)

Der Sturz Ben Bellas

Knapp drei Jahre nach seiner Unabhängigkeitserklärung hat *Algerien* seinen ersten großen Umsturz erlebt. In den frühen Morgenstunden des 19. Juni wurde Präsident Ben Bella in seiner Residenz überrumpelt und gefangengenommen. Ein Revolutionsrat unter Oberst *Boumedienne* übernahm die Macht und kündigte an, der gestürzte Staatschef werde wegen Hochverrat und Veruntreuung von Geldern vor ein Gericht gestellt werden.

Die Revolte von Algier, hinter der die Armee stand, vollzog sich fast unblutig. Über die Hintergründe des Umsturzes ist man sich auch einen Monat nach den Ereignissen noch nicht im klaren. Es scheint sich um eine Auseinandersetzung innerhalb des

Machtapparates gehandelt zu haben. *Boumedienne* und sein Vertrauter, Außenminister *Bouteflika*, sollen gewissermaßen in äußerster Notlage, als ihre Absetzung und Ausschaltung unmittelbar bevorstand, präventiv gehandelt und ihrerseits Ben Bella abgesetzt haben. Der Umsturz ereignete sich am Vorabend der auf Ende Juni nach Algier einberufenen *Afroasiatischen Konferenz*, die einen außenpolitischen Erfolg Ben Bellas und eine Stärkung seines persönlichen Prestiges darstellten, die zweifellos ihre Auswirkungen auch auf die innenpolitische Position seines Regimes gehabt hätten. Ben Bellas Gegner beugten einer solchen Entwicklung mit ihrem Staatsstreich vor. Die Konferenz selber fiel der Revolte zum Opfer; sie wurde auf den November verschoben.

Welchen Kurs die neuen Machthaber in Algier künftig zu steuern gedenken, bleibt vorläufig noch unklar. Die *Kommunisten* in aller Welt, die Ben Bella stets als einen der ihren betrachtet haben, schlugen anfänglich Alarm und entfachten eine agitatorische Welle der Sympathie für den Gestürzten, die allerdings bald verebbte. Moskau selbst übte Zurückhaltung gegenüber den neuen Machthabern. Man ist geneigt, in dem aus dem Staatsstreich hervorgegangenen Revolutionsrat vorläufig nur eine *Übergangslösung* zu sehen, da er keinen prominenten politischen Vertreter in seinen Reihen zählt. Es handelt sich um eine eigentliche *Militärregierung*, und der Schluß liegt nahe, daß die Gespräche, die offenbar unmittelbar nach dem Sturz Ben Bellas mit den ehemaligen, inzwischen längst von der politischen Bühne verschwundenen Exponenten des unabhängigen Algerien, wie *Ferhat Abbas* und *Abderrahmane Farès*, aufgenommen worden sind, bisher noch zu keinem Ergebnis geführt haben. Daß die Militärs auf die Dauer kaum in der Lage sein werden, Algerien politisch zu führen, scheint gewiß. Für Nordafrika beginnt damit eine *Ära der Ungewißheit*, die zahlreichen Entwicklungsmöglichkeiten freien Spielraum läßt.

Fabius

Wenige werden sich unter dem Namen des in London ansässigen *Institutes für Strategische Studien* (ISS) etwas vorstellen können. Und doch ist es innerhalb nur weniger Jahre zu einem der wohl bedeutendsten internationalen Forschungszentren für alle mit der Friedenssicherung, der internationalen Sicherheit, der Verteidigung und Abrüstung zusammenhängenden Fragen geworden. Aber selbst mit einer solchen Umschreibung des Arbeitsbereiches des ISS wird der Nichteingeweihte noch wenig anfangen können. Die genannten Problemkreise erscheinen, aus dem politischen Alltag herausgerissen und in das theoretische Feld wissenschaftlicher Forschung und akademischer Diskussion verpflanzt, reichlich abstrakt und wirklichkeitsfremd.

Nicht so für die Gründer des ISS, die mit ihm ganz im Gegenteil eine Brücke zwischen theoretischer Planung und praktischer Politik schlagen und damit zu einem besseren Verständnis für die Probleme unseres atomaren Zeitalters beitragen wollten. Nicht so auch für die ständig wachsende Gemeinschaft der Mitglieder, Mitarbeiter und Freunde des ISS in der ganzen Welt, für die Leser seiner Veröffentlichungen und die Teilnehmer an einer seiner zahlreichen internationalen Konferenzen. Sie sind in ihrer überwiegenden Mehrheit Diplomaten, Politiker, Wissenschaftler, hohe Militärs, Industrielle und Journalisten. Für sie zum mindesten ist das ISS heute, trotz oder vielleicht gerade wegen seines etwas geheimnisvollen Namens, selbst zu einem Begriff geworden.

Wie bei so manchen der erfolgreichen Institutionen Englands war der Gründungsort des ISS einer der traditionsreichen Londoner Klubs. Dort trafen sich vor genau sieben Jahren, im Sommer 1958, neun angesehene Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter auch der jetzige britische Verteidigungsminister, Denis Healey, und zogen eine Bilanz der politischen Entwicklungen der Nachkriegszeit. Sie blickten auf zehn Jahre mühsamer, bisher ergebnisloser Abrüstungsverhandlungen zurück. Wenig mehr als anderthalb Jahre waren seit dem

Debakel der Suezkrise vergangen, das die Grundlagen der westlichen Allianz erschüttert hatte; eine neue Berlinkrise warf ihre drohenden Schatten voraus, und die interkontinentale Rakete war eben zu einer noch kaum faßbaren Realität geworden, die das ohnehin labile militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West aus den Angeln zu heben drohte. Diese sich rasch verändernde Weltlage stellte neue, immer komplexere Fragen; manche der bisherigen Antworten zeigten, wie unklar die Vorstellungen waren, auf denen die außenpolitischen Entscheidungen und das Planen für die Zukunft beruhten.

Was den neun Begründern des ISS angesichts dieser Lage vorschwebte, war ein Forschungszentrum, dessen erste Aufgabe sein sollte, vor allem einmal die richtigen Fragen im richtigen Zusammenhang zu stellen, um damit den Politikern und Parlamentariern, den Journalisten und Wissenschaftlern zu helfen, zu besseren Antworten zu gelangen. Wenn sie für dieses Vorhaben die Bezeichnung «strategische Studien» wählten, dann dachten sie nicht nur an militärische Probleme, sondern an alle jene Aspekte der internationalen Beziehungen, die in unmittelbarer Beziehung zur Anwendung oder Androhung von Gewalt zwischen Staaten stehen. Für die praktische Arbeit ergab dies folgenden Themenkreis: die Auseinandersetzung mit den vielfältigen politischen, wirtschaftlichen, psychologischen und technischen Problemen, die die Existenz moderner Armeen und Massenvernichtungswaffen in Friedenszeiten stellen, einschließlich der sich daraus ergebenden politischen Spannungen innerhalb der großen Bündnisysteme; das Studium der politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen eines Abbaus dieser unheimlich kostspieligen Streitkräfte durch Abrüstungsmaßnahmen; die Suche nach Mitteln und Wegen zur Errichtung eines internationalen Sicherheitssystems, das nationale Armeen überflüssig machen und die drohende Verbreitung von Kernwaffen unter Kontrolle bringen könnte; Vorschläge zu einem Ausbau der den vielfachen Anforderungen

nicht gewachsenen Friedenssicherungsorganen der Vereinten Nationen und regionaler Sicherheitsmechanismen zur Bewahrung von Frieden und Ordnung; schließlich die Auseinandersetzung mit den Problemen, denen sich die Staaten in ihrer nationalen Sicherheit und Unabhängigkeit angesichts der subversiven oder politisch-ideologischen Kriegführung gegenübersehen.

Allein die Aufzählung dieser Themen zeigt, wie inhaltlich und räumlich umfassend das Feld der «strategischen Studien» sein kann, wenn es in einer sinnvollen Beziehung zur tatsächlichen politischen Situation gebracht werden soll. Um diese Aufgabe mit den vorhandenen, verhältnismäßig bescheidenen Mitteln bewältigen zu können (das Institut hatte bis vor kurzem nur zwölf Mitarbeiter, einschließlich des Sekretariates, heute sind es etwa zwanzig), entwickelte das ISS in den wenigen Jahren seines Bestehens eine eigene Arbeitsweise, die teilweise von derjenigen ähnlicher Institutionen abweicht. So wird für bestimmte größere Forschungsprojekte ein Kreis sorgfältig ausgewählter Spezialisten zur Mitarbeit eingeladen. Sie bilden, sei es in regelmäßigen Zusammenkünften oder an einer mehrtägigen Konferenz, eine Art Studiengruppe und damit den äußeren Rahmen, in dem die Grundlagen für das Forschungsvorhaben erarbeitet werden; seine eigentliche Durchführung liegt jedoch in den Händen eines Spezialisten. Ein solches Vorgehen wurde erst kürzlich für die Bearbeitung des sowohl politisch wie technologisch ungemein komplizierten und vielseitigen Problems der Verbreitung von Kernwaffen gewählt. Auf Einladung des ISS fand zunächst eine Konferenz hervorragender Spezialisten aus elf Ländern — darunter den drei westlichen Großmächten sowie den potentiellen Nuklearmächten, einschließlich der Schweiz — auf Schloß Lenzburg statt. Die außerordentlich ergiebigen — weil inoffiziell geführten — Diskussionen der Konferenz dienten als wegweisende Grundlagen für eine neue Studie des Instituts, die in Kürze erscheinen wird. In ähnlicher Weise werden zwei weitere Veröffentlichungen vorbereitet, deren eine sich mit den rechtlichen, politischen, militärischen und finanziellen Proble-

men einer UN-Friedenstruppe befaßt, während sich die zweite dem lange vernachlässigten Thema der Rolle der Seestreitkräfte in Kriegs- und Friedenszeiten zuwendet (Flugzeugträger als Ersatz der politisch immer heikler werdenden Landbasen; Polaris-Unterseeboote als bedeutsamer Teil der Abschreckungs-Nuklearmacht; Marine-Streitkräfte als mobile «Feuerwehr» bei entlegenen Konfliktherden usw.). Ausgangs- und Richtpunkt beider Studien sind abermals private Studienkonferenzen mit internationaler Beteiligung hervorragender Fachleute.

Von allem Anfang an war klar, daß die Thematik der zu behandelnden Probleme zu weit und der Kreis kompetenter Fachleute zu klein sind, um das ISS lediglich als rein britische Institution aufzuziehen. Obwohl seit jeher international ausgerichtet, wurden die leitenden Organe des ISS, vorab der Vorstand (Council) und der ständige Mitarbeiterstab auch formell «internationalisiert», das heißt mit einer Reihe angesehener, vor allem amerikanischer und europäischer Persönlichkeiten besetzt. Zugleich unternahm das ISS Schritte, die bisher ausschließlich auf amerikanischen und britischen Zuwendungen basierende Finanzierung durch Beiträge anderer Länder auszuweiten. Wegleitend sollte jedoch weiterhin die völlige finanzielle und politische Unabhängigkeit von jedem staatlichen Einfluß sein. Außerdem ist Sorge getragen, daß — im Unterschied zu anderen europäischen Forschungsinstitutionen — die amerikanischen Zuwendungen nicht mehr als die Hälfte des Gesamtbudgets ausmachen. Alle drei Ziele — Internationalität, Unabhängigkeit und ausgeglichene Finanzierung — sind heute weitgehend erreicht. Ein für den Zeitraum von 1964 bis 1970 laufender Finanzplan sieht ein Budget von Fr. 5 600 000 vor, von denen etwa die Hälfte durch großzügige Beiträge der Ford- und Rockefeller-Stiftungen, die übrigen Beiträge von der britischen Industrie, britischen Stiftungen sowie aus kanadischen, italienischen, deutschen, holländischen Quellen und nicht zuletzt von den rund 750 Einzel- (davon 355 Briten und 200 Amerikaner sowie 12 Schweizer) und 60 Kollektivmitgliedern (meist Firmen, Botschaften, Zeitungen) auf-

gebracht werden. Der 25köpfige Council des Instituts setzt sich heute ebenfalls mehrheitlich aus Nicht-Engländern (davon 4 Amerikaner, 10 Europäer, 1 Kanadier) zusammen; einer der sechs Vizepräsidenten des ISS ist der gegenwärtige Kommandant der UN-Truppen auf Zypern, der indische General *Thimayya*. Unter den zehn englischen Mitgliedern finden sich Sir *Kenneth Grubb*, der Vorsitzende des Ausschusses für Internationale Angelegenheiten des Weltkirchenrates, *Aubrey Jones*, der Vorsitzende des neugeschaffenen Wirtschaftsrates der Labour-Regierung, und Lord *Harlech*, der soeben aus Washington zurückgekehrte britische Botschafter in den USA.

Direktor des Instituts ist *Alastair Buchan*. Ihm fällt das Hauptverdienst für die erstaunliche Entwicklung des ISS zu, das in der kurzen Zeit seines Bestehens von sehr bescheidenen Anfängen zu einem, vielleicht dem internationalen Forschungszentrum in diesem Gebiete geworden ist. Abgesehen von den bereits erwähnten Spezialkonferenzen veranstaltet das Institut für alle seine Mitglieder eine mehr informative Jahreskonferenz, an der ein bestimmtes aktuelles Thema unter den verschiedensten Aspekten beleuchtet wird. 1962 war es (in Bad Godesberg) *Political Stability and Military Policy in Europe*; 1963 (in Cambridge) *The Evolution of NATO*; 1964 (in Oxford) *Conflict and Coexistence in Asia* (die Konferenzberichte sind soeben in Buchform unter dem Titel *China and the Peace of Asia* erschienen); für dieses Jahr bildet der Mittlere Osten das zentrale Thema des in Divonne-les-Bains stattfindenden Jahrestreffens. Daneben führt das ISS seit kurzem besondere Kolloquien in Zusammenarbeit mit europäischen Instituten ähnlicher Zielsetzung durch, um auf diese Weise an einen größeren Kreis von Interessenten zu gelangen. Schließlich rief das Insti-

tut, zusammen mit dem «Centre d'Etudes de Politique Etrangère» in Paris und dem «Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik» eine inzwischen auf neun Länder erweiterte «Europäische Studiengruppe» ins Leben. Als erste Gemeinschaftsarbeit ist ihr das vielbeachtete Buch «Eine Strategie für Europa» zu danken.

Von den andern Publikationen des ISS sind die ab Juli monatlich (bisher zweimonatlich) erscheinende Zeitschrift *SURVIVAL*, die bereits berühmt gewordene und beidseits des «Eisernen Vorhangs» vielzitierte Jahresübersicht über das militärische Kräfteverhältnis der Welt *The Military Balance* sowie die sogenannten *Adelphi-Papers* zu nennen, die in Form kürzerer Studien aktuelle Themen wie die MLF, die Zypern-Krise, die sowjetische Strategie gegenüber Europa, die Militärhilfe an afrikanische Staaten und so weiter behandeln. Alle diese Arbeiten, einschließlich die bereits elf Bände umfassende Buchreihe *Studies in International Security*, basieren ausschließlich auf allgemein zugänglichem Material. Das Institut hat es seit jeher abgelehnt, Geheiminformationen zu benutzen, während umgekehrt das Vertrauen in den rein privaten Charakter seiner Veranstaltungen eine außerordentlich freimütige Aussprache mit hochgestellten Vertretern der Regierungen ermöglicht. Gerade diese strenge institutionelle Trennung von Staat und unabhängiger Forschung einerseits und der enge persönliche Kontakt zwischen den Mitarbeitern des ISS und Repräsentanten aller Bereiche des öffentlichen Lebens andererseits haben wohl am meisten zum Erfolg und Ansehen des ISS beigetragen. Sie zeigen zugleich, was private Initiative in einem Bereich zu leisten vermag, dessen zentrale politische Bedeutung wohl außer Zweifel steht.

Curt Gasteyger

JAHRESVERSAMMLUNG DES INTERNATIONALEN PRESSEINSTITUTES

Die vierzehnte Jahresversammlung des Internationalen Presseinstitutes tagte im Ballsaal des Hotels Grosvenor House in Lon-

don vom 25. bis zum 28. Mai 1965. Sie vereinigte 280 leitende Redaktoren von etwa 200 Zeitungen aus 32 Ländern. Dem Institut kön-

nen bekanntlich bloß Pressevertreter angehören, in deren Länder Pressefreiheit herrscht. Die Verteidigung der Pressefreiheit ist ja auch eine der Hauptaufgaben des Institutes.

Die Begrüßungsansprache des Präsidenten des Nationalkomitees des IPI für Großbritannien, *Charles Fenby*, war den außerordentlichen Fortschritten des Institutes im Laufe der letzten zwölf Jahre gewidmet. In dieser Zeit wurde die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit allgemein anerkannt und von den Regierungen der freien Welt entsprechend bewertet. Der Präsident des Exekutivkomitees des IPI, der Amerikaner *Barry Bingham*, sprach über den gegenwärtigen Stand der Pressefreiheit in der Welt und über die ständigen Bestrebungen des Institutes, Hilfe und Unterstützung überall zu gewähren, wo diese Freiheit gefährdet oder gar unterdrückt wird. Das bedingt natürlich auch ein entsprechendes Verantwortlichkeitsgefühl der Redaktoren, um den Regierungen keinen gerechtfertigten Vorwand zur Beschränkung der Pressefreiheit zu geben. Ganz besonderes Interesse erregte *Lord Shawcross*, einer der leitenden Juristen Großbritanniens und ehemaliger Generalstaatsanwalt in Attlees Nachkriegsregierung. Er verurteilte auf das allerschärfste die britischen Gesetze betreffend Ehrabschneidung (Verleumdung) und «Verachtung des Gerichtes» (contempt of court). Der Wahrheitsbeweis ist gegenwärtig so sehr erschwert, daß die Schwurgerichte den angeblich falsch Beschuldigten maßlose Entschädigungen zuerkennen, während es doch vollständig genügen sollte, wenn ein in gutem Glauben und auf Grund glaubwürdigen Beweismaterials seine Berufspflicht ausübender Redaktor eine angemessene Entschuldigung im Falle eines Irrtums veröffentlicht. Auch sollte das Verbot der sogenannten «Gerichtsverhandlung durch die Presse» es dieser nicht unmöglich machen, wichtige Angelegenheiten zu erörtern, welche sich «sub judice» befinden. Auch dürfe der Schutz der Geheimsphäre des Staates nicht zu ungerechtfertigten Einschränkungen der Informationsfreiheit führen. Als Gast sprach zudem der Generalsekretär der Internationalen Juristen-

kommission, *Jean MacBride*. Der Nachmittag des ersten Tages galt den Schwierigkeiten der Berichterstattung von Kriegskorrespondenten, auf Grund eines ausführlichen Berichtes des Korrespondenten der Associated Press in Vietnam, *Malcolm W. Browne*.

Der zweite Tag war vor allem Berichten über die Unmöglichkeit einer wirklich freien Presse in afrikanischen Ländern gewidmet, in denen es bloß *eine* legale Partei gibt, und über die Niederlage der Regierung *Frau Bandaranaike* in Ceylon, als sie die dortige Presse zu verstaatlichen versuchte. Die Diskussion unter der Leitung von *Urs Schwarz* von der «Neuen Zürcher Zeitung» zeigte eine oft erstaunliche politische Reife afrikanischer und asiatischer Pressevertreter. Der Nachmittag war den Jahresberichten und Zukunftsplänen gewidmet, auf Grund eines Vortrages von *Per Mousens*, Direktor des Institutes. Die Diskussion gab unter anderem zwei exilpolnischen Mitgliedern aus London, *A. Bregman* und *Z. Racieski*, Gelegenheit, sich sehr energisch einzusetzen für eine Offensive des Institutes gegen die völlige Unterdrückung jeglicher Pressefreiheit in kommunistischen Ländern. Sie wiesen vor allem darauf hin, daß diese Unterdrückung unverhältnismäßig brutaler sei als alles, was sich sagen läßt von Zuständen in Afrika, Asien und anderen, diktatorisch regierten Ländern. *Herrn Bregmans* Antrag auf Veröffentlichung eines Berichtes in Buchform und in möglichst vielen Sprachen über die Lage der Pressefreiheit in der Welt wurde dem neuen Exekutivkomitee überwiesen.

Der letzte Tag war insofern eine Sensation, als ein Vortrag *Walter Lippmanns* über die Wichtigkeit der Pressefreiheit und die Notwendigkeit ihres Schutzes vor demoralisierenden und korrumpierenden Einflüssen eine Überfüllung des Saales zur Folge hatte. *Herr Lippmann* ist eben kein guter Redner und enttäuschte viele, die von dieser selten richtig urteilenden, aber immer interessanten und weltbekannten amerikanischen Pressegröße mehr erwarteten. Das letzte Thema, die möglichen Folgen von «Automation» für die Presse, wurde vom Amerikaner *Ch. L. Bennett*, vom Engländer *T. Margerison*, vom Schweden *C. A. Nycop*

und vom Deutschen H. A. Kluthe gründlich und optimistisch besprochen. Technisch wird sich so manches ändern, aber kein Automat kann ein redaktionelles Gehirn vertreten.

Seitens der britischen Regierung wurde alles getan, um die Jahresversammlung zu ehren. Außenminister Stewart veranstaltete am ersten Tage einen Empfang im Lancaster House, worauf eine Vorstellung von «Othello» in der Königlichen Oper stattfand. Am zweiten Tage war ein Galadiner im Café Royal auf Einladung der Vereinigung der Zeitungseigentümer, mit An-

sprachen der beiden «Pressekönige», Lord Thomson und Cecil H. King. Am dritten Tag waren die Mitglieder Gäste des Ministerpräsidenten bei einem Galadiner in Hampton Court, der historischen Residenz Heinrichs VIII. Zum Abschluß erfolgte ein Ausflug nach Brighton, woselbst die Universität von Sussex besucht wurde. In der Londoner Presse zeichnete sich vor allem der «Economist» als Verehrer des IPI aus. Eine Sondernummer wurde ihm gewidmet und allen Mitgliedern überreicht.

Adam Romer

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Verpaßte Chance?

Das eidgenössische Parlament, das sich im vergangenen Jahr durch die Sonderanstrengung der «Mirage»-Untersuchung in weiten Kreisen neues Prestige erworben hatte, mußte sich in den letzten Wochen von verschiedenen Seiten sagen lassen, es sei im Begriffe, die Chance einer daraus resultierenden durchgreifenden Reform der Verwaltungskontrolle zu verpassen. Anlaß zu diesem Vorwurf war zunächst einmal der Bericht, den die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats Ende Mai über den Ausbau der parlamentarischen Verwaltungskontrolle veröffentlichte. Und vollends Feuer im Dach war bei vielen Kritikern sodann, als der Nationalrat in der Junisession beschloß, die Debatte über diesen Bericht auf den Herbst zu verschieben.

Die materielle Kritik an den Reformvorschlägen, die hier wohl nicht nochmals im einzelnen aufgezählt werden müssen und die von der Geschäftsprüfungskommission selbst als Minimalprogramm, das durch die Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit zu ergänzen sei, bezeichnet wurden, zielte im allgemeinen auf Veränderungen ab, die bei genauer Betrachtung nicht zur Diskussion stehen können: auf die Verwandlung unseres «Amateurparlaments» in ein «Berufsparlament» und auf eine veränderte Zusammensetzung der Volksvertretung, die nach Ansicht mancher Kritiker zu stark von Interes-

senvertretern dominiert ist. Damit würde eine völlige Umstrukturierung unserer politischen Entscheidungsbildung notwendig, an deren Verwirklichung vorläufig um so weniger zu denken ist, als sich unser System bisher im ganzen gesehen, trotz gewisser Mängel, bewährt hat. Allen jenen, denen es in dieser Diskussion um die Sache und nicht um bloße publizistische Effekthascherei geht, ist es daher klar, daß es sich bei der angestrebten Parlamentsreform um eine sorgfältig ausgewogene organische Weiterentwicklung, nicht aber um eine Revolutionierung unserer Institutionen handeln muß.

Aus diesem Bewußtsein heraus hat sich auch eine große Mehrheit des Nationalrats entschieden, die ebenfalls heftig gerügte Verschiebung der Debatte auf den Herbst zu beschließen. Unser Regierungssystem beruhte bisher auf dem Grundsatz gegenseitigen Vertrauens zwischen Parlament und Bundesrat. Es liegt kein Grund vor, diesen Grundsatz nun plötzlich aufzugeben und die Regierung mitsamt der Verwaltung fortan in einen ständigen Anklagezustand zu versetzen. Auch der Ausbau der Verwaltungskontrolle, mit dem ja nichts anderes als die Wiederherstellung und Vertiefung des Vertrauens erstrebt werden soll, muß daher folgerichtig in Zusammenarbeit mit dem Bundesrat erfolgen. Darum war die große Mehrzahl der Nationalräte der Meinung, vor der Beratung der Reformen im Plenum sollte der Bundesrat Gelegenheit zur aus-

fürlichen schriftlichen Vernehmlassung erhalten.

Verpaßte Chance? Wir glauben, daß dieses Verhalten anders zu deuten ist. Es entspringt dem Empfinden, daß die ganze Problematik zu schwerwiegend ist, als daß sie sozusagen im abgekürzten Verfahren und in der Atmosphäre politischer Kopfjägerei im Eilschritt durchgepeitscht werden dürfte. Warum sollte es im Herbst zu spät sein für vernünftige Entschlüsse? Nicht Tempo, sondern Sorgfalt und Sachlichkeit müssen doch wohl hier die Losung sein!

Das Mitspracherecht der Auslandschweizer

Unser Land hat von jeher Wert darauf gelegt, die Auslandschweizer pfleglich zu behandeln, und dies gewiß nicht nur aus sentimentalischen Gründen: Als Kleinstaat mit außerordentlich starken Interessen auf den Welthandelsmärkten ist die Schweiz auf eine möglichst positive und ausgedehnte Präsenz im Ausland angewiesen, wobei die Auslandschweizer wertvollste Dienste zu leisten imstande sind. Zwar ist ihr Bestand zahlenmäßig rückläufig, doch ist der Anteil der im Ausland wirkenden hochqualifizierten Wissenschaftler und Techniker stark gestiegen.

Während Jahrzehnten war die Auslandschweizerpolitik vor allem von privaten Initiativen getragen, wobei der Auslandschweizerkommission der Neuen Helvetischen Gesellschaft besondere Verdienste zukommen. Auch der Solidaritätsfonds, der eine Sicherung im Kriegs- und Katastrophenfall bedeutet, beruht auf dem Selbsthilfegedanken. Im Laufe der Zeit wuchs indessen die Zahl der Probleme, welche die juristische Stellung und die politischen Rechte der Auslandschweizer betreffen. So drängte sich immer mehr die Formulierung eines besonderen Verfassungsartikels auf. Wenn es verhältnismäßig lange dauerte, bis er zustande kam, so lag dies nicht nur an der Vielfalt der zu berücksichtigenden Fragen, sondern auch am Umstand, daß er materiell notwendig über die Staatsgrenzen hinausgreifen muß.

Um so mehr bleibt zu hoffen, daß der nun im Entwurf vorliegende Verfassungsartikel 45^{bis} bald zum Definitivum erhoben werden

kann. Wenn er auch nicht allen Wünschen der Auslandschweizer Rechnung tragen dürfte, so wird er doch eine verhältnismäßig breite Basis zur Lösung der meisten hängigen Fragen in bezug auf die politischen Rechte der «Fünften Schweiz» bieten. Die Ende August in Solothurn zusammentretenden Delegierten der Auslandschweizerorganisationen werden in diesem Zusammenhang auch mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen, daß die zuständige nationalrätliche Kommission den Willen bekundet hat, in der Frage des Landerwerbs durch Ausländer oder im Ausland wohnende Personen den Auslandschweizern gegenüber mehr entgegenkommen zu zeigen, als dies bisher der Fall war. Der Bundesrat ist allerdings der Meinung, daß das aus völkerrechtlichen Gründen nicht so einfach sein werde, wie es auf den ersten Blick den Anschein hat.

Stipendiengesetz mit Schönheitsfehler

Mit der Zustimmung zu einem Verfassungsartikel 27^{quater}, der den Bund in die Lage versetzt, das Stipendienwesen und damit die Nachwuchsförderung nachhaltig zu unterstützen, hatte das Schweizervolk bewiesen, daß es diesen Problemen gegenüber aufgeschlossen ist. Der Bundesrat seinerseits zeigte durch seine Speditivität bei der Vorbereitung der Ausführungsgesetzgebung, daß ihm der Ausbau der Stipendienhilfe ebenfalls ein dringliches Anliegen ist. Die eidgenössischen Räte standen ihm darin kaum nach und sanktionierten das Gesetz im Winter 1964/65 in verhältnismäßig kurzer Frist, obwohl es einige Klippen zu umschiffen galt; so wurde von katholisch-konservativer Seite unter dem Titel «Freie Wahl des Studienorts» — allerdings vergeblich — versucht, bei dieser Gelegenheit die alte Streitfrage der Unterstützung von Bildungsgängen an außerkantonalen (katholischen) Schulen, die in manchen Kantonen nach wie vor ein Politikum ersten Ranges bildet, zu ihren Gunsten zu entscheiden.

Inzwischen ist auch die Referendumsfrist abgelaufen, so daß nun einer verstärkten Stipendienausschüttung durch die Kantone nichts mehr im Wege steht. Die finanzstarken

Stände erhalten durch den Bund 25 Prozent der Aufwendungen vergütet, die mittelstarken 50 und die finanzschwachen 65 Prozent, ohne daß auf diese Weise die kantonale Schulhoheit im geringsten in Frage gestellt würde. Das Stipendengesetz hat im übrigen keineswegs den Sinn, die Kantone durch die vorgesehene Bundeshilfe zu entlasten. Es will sie vielmehr zu vermehrter Leistung anspornen, was schon deshalb als möglich erscheint, weil die Kantone sich im allgemeinen eine einmal offerierte Gelegenheit, die «Bundskuh» melken zu können, unter keinen Umständen entgehen lassen. . . .

So scheint auf den ersten Blick alles in bester Ordnung zu sein. Leider hat die Regelung aber vorläufig einen Schönheitsfehler, der zumindest allen jenen zu denken geben muß, die nicht von der Überzeugung ablassen, daß gerade auf diesem Gebiet neben den staatlichen auch die privaten Initiativen der Unterstützung würdig sind. Es gibt eine Pestalozzi-Stiftung, die sich die Förderung der Berufsausbildung talentierter Bergkinder zum Ziel gesetzt und eine entsprechende Organisation aufgebaut hat, welche eine den jeweiligen Umständen angepaßte Betreuung während der ganzen Ausbildungszeit garantiert; und es gibt eine Pro Juventute, deren Verdienste auch auf diesem Gebiet nicht besonders herausgestrichen werden müssen. Doch Institutionen dieser Art gehen vorläufig leer aus, obwohl der Absatz 2 des Verfassungsartikels die Grundlage für eine Unterstützung bieten würde.

Auch den parlamentarischen Kommissionen ist dieser Mangel aufgefallen; und der Nationalrat hat in der Märzsession ein Postulat Schmid, das die Lücke beseitigen möchte, überwiesen. Bundespräsident Tschudi seinerseits vertrat vor dem Parlament die Ansicht, es sollte zuerst abgeklärt werden, ob nicht der Ausbau der staatlichen Stipendien genüge, versprach aber immerhin, der Frage seine Aufmerksamkeit zu schenken. Es bleibt zu hoffen, daß dies ebenfalls mit jener Speditivität geschieht, die das Departement des Innern sonst neuerdings auszeichnet. Andernfalls laufen die privaten Institutionen Gefahr, auf der Strecke zu bleiben, was sicherlich nicht dem Sinn des von Volk und

Ständen mit eindrücklichem Mehr gebilligten Verfassungsartikel entsprechen würde!

Verständnis und Sachlichkeit

Unter den Ereignissen der letzten Wochen verdient auch die Veröffentlichung des Expertenberichts über die Vorschläge der Députation Jurassienne zur Lösung der Jurakrise besondere Erwähnung. Die drei Verfasser des Gutachtens, die Professoren *Hans Huber* (Bern) und *Max Imboden* (Basel) sowie alt Bundesrichter *Louis Python* (Fillistorf), haben der Sache nicht nur materiell, sondern vor allem auch psychologisch einen hervorragenden Dienst geleistet. Zwar sahen sie sich veranlaßt, eine Reihe von Vorschlägen der jurassischen Deputation im Berner Großen Rat aus rechtlichen Gründen zurückzuweisen, da sie mit den Prinzipien der Bundesverfassung nicht zu vereinbaren sind. Das betrifft unter anderem die Idee, den Bieler Bürgern ein Optionsrecht für den Wahlkreis Jura zuzubilligen; auch der Vorschlag, dem Jura drei feste Sitze in einem elfköpfigen Regierungsrat zuzusprechen, ist nicht mit der Verfassung in Einklang zu bringen, da solche Übervertretungen dem Prinzip der Gleichheit zuwiderlaufen und daher nur auf politischem Weg zustandekommen können.

Die im besten Sinne politische Bedeutung des Expertenberichts liegt nun aber darin, daß dessen Verfasser sich nicht auf die formaljuristische Analyse beschränkten und damit rechtlich anfechtbare Vorschläge auch nicht einfach unter den Tisch wischten, sondern sich bemühten, wo immer möglich staatsrechtlich tragbare Alternativvorschläge finden zu helfen. Sie bekundeten auf diese Weise das, was in einer solchen Lage letzten Endes wohl allein weiterhelfen kann: Sachlichkeit, gepaart mit großem Verständnis und echter freundeidgenössischer Vermittlungsbereitschaft. Dadurch sieht sich auch die Deputation, deren innerjurassische Stellung ja keineswegs einfach ist, in einer Art behandelt, die zumindest zu einer Verbesserung des Klimas und damit auch der Verhandlungsmöglichkeiten beitragen dürfte.

Spectator

BÜCHER

STRATEGIE UND ABRÜSTUNG IM ATOMZEITALTER

Die Strategie, die Kunst des Feldherrn, war einst auf einen kleinen Personenkreis beschränkt und darüber hinaus kaum bekannt. Dann kam der Erste Weltkrieg, «und in der Erstarrung von 1914—1918 glaubte man den ‚Bankrott der Strategie‘ sehen zu müssen, während es sich doch nur um den Bankrott einer bestimmten Strategie handelte», schreibt General *Beaufre* einleitend zu seiner Einführung in die Strategie¹. Seiner Ansicht nach war dieser Fehlschluß eine der maßgeblichen Ursachen für die vielen Rückschläge, die Frankreich seit 1939 erlitten hat. Im Gegensatz zu dieser Mißachtung der Strategie können wir in Amerika beobachten, daß in zunehmendem Maße Männer aus allen Wissensgebieten begonnen haben, sich mit strategischen Problemen zu befassen. Dieses allgemeine Interesse an den Fragen der Kriegführung erklärt sich leicht aus der vollständig neuen Verantwortung, vor die sich die Vereinigten Staaten seit 1945 gestellt sahen. Bis dahin an ein isolationistisches Denken gewohnt, mußten die USA, die mit Sowjetrußland zusammen als Großmacht aus dem Krieg hervorgegangen waren, die Führung in den Fragen der Weltpolitik übernehmen. Gleichzeitig hatten sie durch die Erfindung der Atombombe ein vollständig neues Element in die Kriegführung gebracht. «Diesem mühsamen Fortschritt der Geisteswissenschaften (im Hinblick auf die Strategie)», sagt General *Beaufre*, «fehlen aber der allgemein verbindliche Gedanke und der gemeinsame Gestalter, die Philosophie und die Strategie, also gerade Disziplinen, die trotz eines heute wiederauflebenden Interesses aus der Mode gekommen sind. Die Erfahrung von 40 Jahren... hat mich davon überzeugt, daß wir deshalb so regelmäßig Fehlschläge erlebt haben, weil diese beiden Leitbegriffe fehlten.» Mit seinem Buch will der französische General und bekannte Militärtheoretiker das Verständnis für diese Grundideen, welche die Voraussetzung für erfolgreiches politisches Handeln sind, wecken. Wie die

meisten, die vor ihm über Strategie geschrieben haben, sucht er nach einer Definition des Begriffes. Er kommt zum Schluß, daß heute die Strategie über das rein militärische ausgedehnt werden und alle Gebiete des Handelns im zwischenstaatlichen Verkehr erfassen muß. «Strategie ist die Kunst der Dialektik der Willen, die sich der Macht zur Lösung ihrer Konflikte bedienen.» Mehr als in früheren Zeiten wird die Strategie durch die Veränderlichkeit der Mittel und der Umwelt beeinflußt. Damit ist die historische Methode, mit der man in Zeiten, da die Entwicklung nur langsam voranschritt, die Strategie zu erfassen suchte, nur noch mit großen Einschränkungen verwendbar. Nach den grundsätzlichen Betrachtungen wendet sich *Beaufre* in den folgenden Kapiteln den einzelnen Teilgebieten der Strategie zu: der Militärstrategie, der atomaren Strategie und der indirekten Strategie. Alle drei stehen in direkter Abhängigkeit zueinander und werden durch das Vorhandensein der Nuklearwaffen beeinflußt. Die Atomwaffen bestimmen die Strategie auch da, wo nur konventionelle Waffen eingesetzt werden. Mit den Nuklearwaffen halten die beiden Großmächte auch solche gewaltsame Auseinandersetzungen unter Kontrolle, in die sie selbst nicht direkt verwickelt sind. Demgemäß nimmt auch das Kapitel über die Atomstrategie eine zentrale Stellung in diesem Buche ein. Abschreckung und Drohung sind ihre Mittel; durch sie suchen sich die Atommächte ihre Handlungsfreiheit zu wahren. Da es im unbeschränkten Atomkrieg nur Besiegte geben wird, ist es im Interesse beider Großmächte, dessen Ausbruch zu verhindern. Andererseits sind die Nuklearwaffen nur so lange ein taugliches Mittel der Strategie, als die Drohung mit ihrem Einsatz für den Gegner glaubhaft bleibt. So geht es bei den Atommächten darum, den Gegner zu überzeugen, daß es lebenswichtige Interessen gibt, die schlimmstenfalls durch den Einsatz des Atompotentials gewahrt werden. Daraus er-

gibt sich ein kompliziertes strategisches System. Durch den raschen technischen Fortschritt werden die Fronten in diesem Kampf ständig verschoben. Die indirekte Strategie nimmt immer mehr an Bedeutung zu. Mit ihr versuchen die Mächte, den Gegner ihrem Willen gefügig zu machen, ohne gewaltsame Mittel anzuwenden. Durch wirtschaftliche Maßnahmen und geistige Beeinflussung soll die Gegenpartei von innen heraus aufgeweicht werden. Ihre Handlungsfreiheit soll eingeengt werden, während die eigene Handlungsfreiheit immer weiter ausgedehnt wird. Vielfältig sind die Mittel, mit denen dieses Ziel erreicht wird. Bemerkenswert an Beaufres Buch ist die Klarheit, mit der er sich ausdrückt. Es ist ihm gelungen, auf knappem Raum das weite Gebiet der Strategie darzustellen. Trotz der gedrängten Darstellung ist nichts Wesentliches übergangen worden. Beaufres Einführung in die Strategie ist für alle, die sich mit der Gegenwarts politik befassen müssen, eine wertvolle Arbeitsgrundlage.

Ohne Nuklearwaffen kann heute kein Staat mehr Großmachtspolitik betreiben. Genügt aber umgekehrt der Besitz solcher Waffen, um ein Land in den Rang einer Großmacht zu erheben? General de Gaulle ist davon überzeugt. Er will mit seiner «force de frappe» die verlorengegangene Weltgeltung Frankreichs wiedergewinnen. Mit dieser Politik hat er die NATO einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt. Die alleinige Verfügungsgewalt der USA über die Nuklearsprengköpfe hat aber auch bei den andern Partnern des westlichen Verteidigungsbündnisses Bedenken erregt. Seit Jahren wird über diese Frage heftig diskutiert. General Beaufre geht auf diese Diskussion nicht ein, es ging ihm mehr um grundsätzliche Fragen. Er überläßt es dem Leser, mit der gewonnenen Erkenntnis sich selbst seine Meinung zu den konkreten Streitfragen zu bilden. Ein anderer Franzose, *Raymond Aron*, setzt sich in seiner «Einführung in die Atomstrategie» mit diesem ganzen Fragenkomplex auseinander². Das Buch ist ein unentbehrlicher Wegweiser für jeden, der sich in der oft einseitig geführten Diskussion zu recht finden will. Der bekannte französische

Soziologe überzeugt schon allein durch die klare Gedankenfolge. Wie schon in früheren Veröffentlichungen, so erweist sich Aron auch hier wieder als Feind der vereinfachenden Schwarzweißdarstellung. Er wägt das Für und Wider der einzelnen Theorien ab und versteht es, oft widersprüchlich scheinendes auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. In den jüngsten Diskussionen um die Atomstrategie warfen die europäischen Verbündeten den Amerikanern ab und zu vor, daß sie ihre Ansichten wechselten, so wie man die Mode wechselt. Aron zeigt uns, daß dieser rasche Wechsel nicht einer Laune der jeweils bestimmenden Mitarbeiter des Präsidenten entspringt; sie ist zwangsläufig durch die rasche technische Entwicklung bestimmt. Er zeigt uns den Wandel der amerikanischen Strategie seit der Zeit des amerikanischen Atommonopols (1945—1950), das 1951—1957 durch ein immer schwächer werdendes amerikanisches Übergewicht ersetzt wurde. Seither stehen wir in der Zeit des thermonuklearen Gleichgewichts, in dem die beiden Atomkräfte ihre Handlungsfreiheit zu wahren suchen, ohne den verhängnisvollen Schritt zu den Nuklearwaffen machen zu müssen. Aber schon zeichnet sich eine neue Phase mit der Erweiterung des Atomklubs an. Das leicht übersehbare bilaterale System wird einem multilateralen System weichen, das viel schwerer unter Kontrolle zu halten ist. Aron ist der Ansicht, daß General de Gaulles Alleingang verhängnisvoll sei. Er erhöht das Risiko, ohne daß Frankreichs Stellung dadurch wesentlich verändert würde. Aron ist überzeugt, daß die abgestufte Atomstrategie McNamaras richtig sei. Die Alles-oder-Nichts-Strategie der Eisenhower-Ära kann heute nicht mehr glaubwürdig sein. Wer wollte eine Drohung mit der Atomapokalypse heute noch ernst nehmen? Aron hat dennoch Verständnis für die Bedenken der europäischen Staaten zu dieser Strategie. Er ist aber überzeugt, daß die Meinungsverschiedenheiten überbrückt werden können. Die Übereinstimmung setzt nur eines voraus: daß nämlich die Europäer das Denksystem der Amerikaner anerkennen und andererseits die Amerikaner sich in die Lage der Europäer versetzen und ihrer An-

schauung eventuell auch Zugeständnisse machen. Dieses einfache Rezept scheint mir typisch für die Aronsche Art. Schon in seinem grundlegenden Werk über «Frieden und Krieg» hat er in großem Maße bewiesen, daß er sich in die Denkart des anderen versetzen kann, um dann schließlich zu einer meisterhaften Synthese zu kommen³. Ist es da noch erstaunlich, daß Aron nur einmal seinen sachlich abwägenden Ton aufgibt und leidenschaftlich Stellung bezieht gegen die Theorie General Gallois', der den «Andersdenkenden nur die Wahl läßt, entweder als stupide oder korrupt zu gelten (entweder Dummköpfe oder solche, die sich an die Amerikaner verkauft haben)».

Die Furcht vor der Atomapokalypse hat den Ruf nach Abrüstung verstärkt, und viele hoffen, daß automatisch die Folge der Abrüstung der ewige Friede sein werde. Dieser Gedankengang, der, oberflächlich betrachtet, überzeugend scheint, geht von der Voraussetzung aus, daß die machtpolitischen Gegensätze eine Folge der gegenseitigen Rüstungen seien, während gerade das Umgekehrte richtig ist. Die im Schoße der UNO und anderer internationaler Organisationen geführten Gespräche können nur verstanden werden, wenn die Abrüstungspolitik der einzelnen Mächte im Zusammenhang mit der Strategie des betreffenden Staates betrachtet werden. Die Sowjetunion hat es von jeher verstanden, die Abrüstungsfrage ihrer allgemeinen außenpolitischen Zielsetzung dienstbar zu machen. Anhand von Äußerungen maßgebender Männer werden diese Zusammenhänge im Band 5 der Schriften des Forschungsinstituts für auswärtige Politik aufgedeckt⁴. «Das Thema ‚Abrüstung‘... ist allein vom Begrifflichen her verwirrend und unscharf abgegrenzt... Das rührt einmal daher, daß die Abrüstung heute zu einem zentralen Problem zwischenstaatlichen Zusammenlebens und menschlichen Überlebens überhaupt geworden ist. Das besagt nicht weniger, als daß eine Vielfalt von Emotionen, Wertbegriffen ethischer und moralischer Natur eine klare Abgrenzung der politischen und technischen Aspekte der Abrüstung erschweren. Gerade die Sowjetunion hat sich diese Vermengung von zwei klar zu

trennenden Bereichen immer wieder zunutze gemacht und sie psychologisch und propagandistisch für ihre Politik ausgewertet», so schreibt *Curt Gasteyger* in der Einführung. Beim Lesen der einzelnen Artikel erkennen wir, wie schwer es oft ist, in dieser Wirnis von Propaganda, ernstem Bemühen und versteckter politischer Zielsetzung sich zurecht zu finden. Über diese Schwierigkeit hilft uns die gedrängte Einführung Gasteygers hinweg. Landmacht, großes Heer, Geheimsphäre und Verflechtung nationaler Sicherheit mit offensiver Außenpolitik sind die vier Konstanten sowjetischer Strategie. «Sie haben wohl unterschiedlich in Gewicht und Stabilität die sowjetische Abrüstungspolitik stets beeinflußt; ihre Veränderung dürfte deshalb wesentliche Elemente sowjetischer Strategie und Politik in Frage stellen.» Gasteyger zeigt dann, wie die sowjetischen Führer auf diesen Grundlagen sich den rasch wandelnden äußeren Begebenheiten anzupassen suchen. Die Einführung Gasteygers bildet eine wertvolle Ergänzung der beiden oben besprochenen, mehr aus westlicher Sicht geschriebenen Bücher, gibt sie uns doch einen guten Überblick über die russischen Doktrinen und Auseinandersetzungen in den Fragen der Atomstrategie. Der Hauptteil des Buches wird durch die Wiedergabe der russischen Dokumente gebildet. Sie sind, thematisch geordnet, in fünf Kapitel zusammengefaßt. Im ersten Kapitel stehen die Artikel über die moderne Rüstungstechnik und Außenpolitik. Es wird durch die Rede Chruschtschews vom 6. Januar 1961 eingeleitet. Es war das erste Mal, daß die Theorie der Vermeidbarkeit der Kriege von russischer Seite verkündet wurde. Es folgen die Kapitel über die sowjetische Militärdoktrin und über Rüstungswettlauf und Stabilisierung der Rüstung. Die beiden Schlußkapitel sind dem Problem der Abrüstung und den Perspektiven für eine abgerüstete Welt gewidmet.

Zum Schluß sei noch auf eine Publikation zur Abrüstung hingewiesen. *Rainer Waterkamp* gibt in einer kurzen Zusammenfassung einen Überblick über die Abrüstungsbemühungen⁵. Er weist zunächst auf die Schwierigkeit hin, die es immer bereitet hat, den Begriff der Rüstung zu definieren. Diese

Schwierigkeit ist heute, im Zeitalter des totalen Krieges, noch beträchtlich gewachsen. Auch der Weg, auf dem die Abrüstung erreicht werden soll, ist immer wieder Ursache für Meinungsverschiedenheiten. Die Sowjets bestehen immer wieder auf einem geschlossenen Abrüstungsprogramm, während die USA im allgemeinen lediglich Abrüstungsmaßnahmen auf wichtigen Teilgebieten anstreben. Auch die Frage der Rüstungskontrollen führt immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen. Das Verständnis wird dadurch nicht erleichtert, daß «control» im englischen Sprachgebrauch eine andere Bedeutung hat als das russische «kontrol». Diese und noch viele andere Probleme, die in den Abrüstungsgesprächen immer wieder auftauchen, hat Waterkamp leichtfaßlich zusammengestellt. Ein geschichtlicher Überblick hilft die Zusammenhänge der Abrüstungspolitik verstehen. So hat Waterkamp ein kleines Lexikon der Abrüstung zusammengestellt. Jeder, der sich im oft aussichtslos scheinenden Ringen um die Abrüstung zurecht finden will, wird dieses Heft immer wieder zu Rate ziehen. *Fritz Wille*

¹General Beaufre: «Totale Kriegskunst im Frieden.» Einführung in die Strategie. Geleitwort von Hans Speidel. Aus dem Französischen übertragen von Walter Schütze. Propyläen-Verlag, Berlin 1964; Verlag Huber & Co., Frauenfeld o. J. ²Raymond Aron: «Einführung in die Atomstrategie.» Die atlantische Kontroverse. Aus dem Französischen von Franz Becker. Kiepenheuer & Witsch, Köln-Berlin 1964. ³Vgl. Besprechung «Von der falschen zur echten Koexistenz», Heft 3/1963, S. 339ff. ⁴«Strategie und Abrüstungspolitik der Sowjetunion». Ausgewählte sowjetische Studien und Reden. Mit einer Einführung von Curt Gasteyer. Schriften des Forschungsinstituts der deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik, e. V. Bonn. Verlag Alfred Metzner, Frankfurt a. M.-Berlin 1964. ⁵Rainer Waterkamp: «Atomare Abrüstung.» Geschichte, Begriffe, Probleme. Heft 18/19 der Schriftenreihe zur Politik und Zeitgeschichte, herausgegeben vom Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität Berlin und Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin. Colloquium-Verlag, Berlin 1965.

FRANÇOIS MAURIAC CHARAKTERISIERT DE GAULLE

Ein langes, hochgestimmtes Loblied auf General Charles de Gaulle zu genießen, bedeutet unter den heutigen Weltverhältnissen schwer verdauliche Kost. Wenn diese aber durch einen altbewährten Künstler wie François Mauriac zubereitet und verabreicht wird, ist sie trotz allem schmackhaft. Der achtzigjährige Schriftsteller, Mitglied der Académie française, ist vom ursprünglichen Skeptiker zum großen Bewunderer des gegenwärtigen Staatspräsidenten geworden und fühlt sich berufen, seiner Bewunderung in einem Werk Ausdruck zu geben, das wirklich als wertvoll bezeichnet werden darf¹. Auf Grund ausführlicher Zitate aus de Gaulles Schriften und Reden hebt der Autor die Kontinuität und Folgerichtigkeit der Geisteshaltung und Handlungsweise des Mannes von dessen Jugendjahren bis zum heutigen

Tage hervor. De Gaulles pathetischer Stil und Mauriacs französische Dithyramben könnten auf deutsch als schwer genießbar wirken, wenn die vorliegende Übersetzung durch Eva Rechel-Mertens nicht so vorzüglich wäre. Tatsächlich darf die im Berliner Propyläen-Verlag erschienene, mit zahlreichen markanten Bildern versehene deutsche Ausgabe ein wohl gelungenes Werk genannt werden².

In einem ersten Teil entwirft der Autor ein Charakterbild de Gaulles, der sich schon vor dem Zweiten Weltkrieg als junger Offizier berufen fühlt, seinem Vaterland den ihm nach seiner Überzeugung zukommenden führenden Platz in der Welt zu verschaffen. De Gaulle hat schon früh nur eine Leidenschaft: Frankreich. «Schließlich ist die ‚bestimmte Vorstellung‘, die de Gaulle von

Frankreich hat, eine solche, die immer der Begründung seiner Hegemonie gedient hat: ein Frankreich, das sein Haupt erhebt, ein souveränes Frankreich, ein wenn auch nicht Europa beherrschendes Frankreich, so doch eines, das Europa in die rechten Bahnen weist und dirigiert. . . » schreibt Mauriac. Im Jahre 1929 schrieb der damalige Bataillonskommandant de Gaulle: «In einigen Jahren wird man sich an meine Rockschöße klammern, um das Vaterland zu retten.» Dem jungen Oberstleutnant schwebt schon damals die «Grandeur» Frankreichs vor. Er ist entschlossen, nach historischen Vorbildern sich als Inkarnation seines Landes für dieses Ziel mit der ganzen Kraft seiner Persönlichkeit einzusetzen. Alles Weitere ergibt sich folgerichtig aus dieser Einstellung. Folgerichtig nimmt de Gaulle 1940 die Demütigung seines Landes nicht hin. Frankreich hat wohl eine Schlacht, nicht aber den Krieg verloren; dieser muß weitergeführt werden bis zum unzweifelhaften Endsieg.

In einem zweiten Teil wird das Wirken de Gaulles in London, als Führer der freien Franzosen und im Verkehr mit den Alliierten, besonders den angelsächsischen, geschildert und dabei hervorgehoben, wie seine unnachgiebige Haltung, seine von den Partnern oft als unerträglich empfundene Intransigenz, ja Überheblichkeit, nicht von persönlicher Ambition, sondern von glühender, stolzer vaterländischer Überzeugung diktiert wird. Frankreich spricht durch den Mund de Gaulles und ist es sich schuldig, seinen Rang zu behaupten.

Der dritte Teil des Buches behandelt die innenpolitischen Probleme, mit denen sich der General schon während des Krieges, namentlich aber in der Nachkriegszeit zu befassen hat. Für de Gaulle darf der Parteienstaat, der Frankreichs Katastrophe herbeigeführt hat, nicht auferstehen. Als diese Gefahr droht, ist kein Platz mehr für ihn. Er geht und wartet auf seine unausweichlich kommende Sternstunde. Er gründet das als außer- oder überparteilich gedachte «Rassemblement du Peuple Français (RPF)». Als er in der Folge der Algier-Ereignisse wieder zur Macht kommt, achtet er peinlich darauf, daß die Machtübernahme verfassungsmäßig

korrekt, als Ausdruck des allgemeinen Volkswillens erfolgt. Auf diesen direkten Volkswillen wird er sich bei allen kommenden schweren Entscheidungen immer wieder stützen, unter Ausschaltung der von Parteiinteressen beeinflussten Parlamentarier. De Gaulle fühlt sich folgerichtig berufen, zum Wohle Frankreichs — was nicht unbedingt auch heißt zum Wohle der französischen Menschen — die Geschicke des Landes zu lenken. Diese Folgerichtigkeit bedeutet aber für ihn nicht absolutes Festhalten an früher als richtig beurteilten Grundsätzen. Der Realpolitiker de Gaulle handelt und entscheidet nach den gegebenen Umständen. So stellt Mauriac die Lösung des Algerienproblems, den Verzicht auf das Kolonialreich, trotz allen vorangegangenen Beteuerungen, als folgerichtige Vernunft dar.

De Gaulles Verhältnis zum neuen Europa und dessen Vereinheitlichungsplänen betrachtet Mauriac im Lichte der Frage, inwieweit dabei Frankreichs Grandeur gefördert oder geschmälert wird — auch hier de Gaulles Konsequenz. Die Haltung Großbritanniens und den Vereinigten Staaten gegenüber wird ebenfalls als folgerichtig und berechtigt empfunden. Und doch, nach all dem Lob pragmatischen, erfolgreichen Handelns setzt Mauriac am Schluß seines Werkes ein großes Fragezeichen, das schon in der allgemeinen Charakterbeurteilung am Anfang des Buches schwach angetönt wird: ist der politische Erfolg, die Macht nach innen und außen das erstrebenswerte Hauptziel, das den Menschen, auch den französischen Menschen und dessen Nation, wirklich erhöht? Der Altmeister katholischen Schrifttums der Gegenwart äußert sich am Ende seines Buches wie folgt:

«Diese große Seele spricht nicht gerne die Sprache der Seele zu den Franzosen, von denen man, wenn man ihn hört, würde meinen können, daß sie ein Volk geworden sind, das keine andere Sorge im Kopf hat, als nie mehr Sorgen zu haben. Dieser de Gaulle von fünfundsiebzig Jahren, der durchs Feuer gegangen ist, um bis zu uns zu gelangen, dieser verwundete und lebendig begrabene Soldat, der durch ein Wunder den Hekatomben zweier Kriege entgangen ist, dieser zum

Tode Verurteilte, dieser Sieger, den vor Notre-Dame die Kugeln umpfiffen haben, dieser von Mördern umringte Fürst — wir wären wohl im Recht, aus seinem Munde endlich ein Wort zu hören, das einmal nicht das des politischen Führers wäre oder das des verantwortlichen Treuhänders unseres nationalen Erbes... Ja, jene Rede an die Jugend hat de Gaulle niemals gehalten... Vielleicht verliert am Ende ein großer Politiker, der dazu verurteilt ist, den Blick nicht über den Umkreis zu erheben, den er gerade erforscht, den Sinn für das, was von einer anderen Erkenntnis der Dinge abhängt... Was die Welt von uns erwartet, was wir der Welt zu geben haben, vermögen weder die Vereinigten Staaten von Amerika noch das

Rußland der Sowjets ihr zu geben, trotz aller ihrer unermesslichen Macht. Doch man möchte sagen, wir wüßten es nicht oder täten doch so, als ob wir es nicht wüßten. Wer könnte uns daran erinnern, wenn nicht Charles de Gaulle? An ihm ist es daher, uns wieder und wieder zu sagen, ob es uns paßt oder nicht, daß die Größe, das was man Größe nennt, nicht mit materieller Macht und nicht mit technischem Erfolg verwechselt werden darf.»

Paul Wacker

¹François Mauriac: «de Gaulle», Bernard Grasset, Paris 1964. ²François Mauriac: «de Gaulle», Propyläen-Verlag, Berlin 1965.